

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Sitzungstermin:** Montag, 23.09.2019  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:00 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### **Anwesend:**

**Vorsitzende**  
Meyer, Elfriede

**SPD-Fraktion**  
Götze, Horst  
Meinen, Regina

**GfE-Fraktion**  
Kruse, Detlef  
Kruse, Doris

für Silke Telschow

**CDU-Fraktion**  
Hegewald, Reinhard  
Kronshagen, Heinrich

für Dr. Hermann Ringena

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
Böckmann, Jürgen

für Andrea Marsal

**FDP-Fraktion**  
Frerichs, Uwe  
Mälzer, Frank

**Beratende Mitglieder**  
Hempel, Rainer  
Holle, Stefanie  
Kamer, Stefan  
Malanowski, Jörn  
Speich, Paul

für Marianne Kandziora

**Verwaltungsvorstand**  
Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

**von der Verwaltung**  
Grendel, Volker  
Frein, Markus  
Knochenhauer, Annett  
Philipps, Egon  
Snakker, Kerstin  
Meyer, Karl-Ingo

**Protokollführung**  
Behrens, Sebastian

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau E. Meyer** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung des Protokolls Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses Gesundheit und Soziales vom 15.05.2019

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 15.05.2019 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Seniorenarbeit - nicht projektgebunden; Zuschüsse für das Jahr 2019  
Vorlage: 17/1164

**Frau Snakker** erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Seniorenarbeit – nicht projektgebunden. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Mälzer** merkt an, von den 37 antragsberechtigten Institutionen hätten 29 einen Förderantrag gestellt. Er möchte wissen, ob die anderen Institutionen nicht mehr so aktiv seien oder wenig Interesse hätten. Weiterhin fragt er, ob es noch mehr Institutionen gebe, die einen Förderantrag stellen könnten.

**Frau Snakker** erklärt, Voraussetzung für einen Antrag sei, dass die Einrichtungen in der Altenhilfe tätig und Mitglied der Delegiertenversammlung seien. Die Auflistung der Einrichtungen sei vom Rat beschlossen worden. Es seien daher derzeit 37 antragsberechtigte

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Institutionen in Emden. Grundsätzlich würden alle Einrichtungen jedes Jahr angeschrieben. Ca. 4 Vereine hätten noch nie einen Antrag gestellt. Andere Einrichtungen wiederum würden zwischendurch mal einen Antrag stellen. Dies sei äußerst unterschiedlich.

**Herr Mälzer** meint, es sei sinnvoll, die Einrichtungen, die sich noch nie gemeldet hätten, von der Liste zu streichen, damit andere Einrichtungen Anträge stellen können.

**Frau Snakker** schildert, dass die Einrichtungen nicht von der Liste gestrichen werden können, da diese per Ratsbeschluss in der Delegiertenversammlung seien. Die Einrichtungen arbeiten in der Delegiertenversammlung mit, auch wenn sie keinen Antrag stellen.

**Herr Kronshagen** könne sich vorstellen, dass die entsprechenden Einrichtungen in der Seniorenarbeit nicht mehr aktiv seien und daher keine Anträge stellen. Es seien nicht nur speziell Vereine für Seniorenarbeit.

**Frau Snakker** äußert, die Einrichtungen würden jedes Jahr kontaktiert. Einige Einrichtungen äußern, dass sie die finanzielle Förderung nicht in Anspruch nehmen wollen.

**Frau Meinen** meint, es gebe auch Vereine ohne Finanznot, die deshalb keinen Antrag stellen. Sie bedankt sich bei allen Vereinen für die Arbeit. Die Angebote für die Seniorinnen und Senioren seien hervorragend. Diese Arbeit müsse wertgeschätzt werden.

**Beschluss:** 29 Emdener Institutionen erhalten für das Jahr 2019 einen Zuschuss zur Förderung der offenen – nicht projektgebundenen – Seniorenarbeit. Die einzelnen Institutionen und die Höhe des Zuschusses ergibt sich aus der Anlage zur Vorlage 17/1164.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 6** Erhöhung des Fehlbetragszuschusses zum Betrieb der Emdener Tafel auf maximal 20.000 Euro  
Vorlage: 17/1183

**Frau Snakker** erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Erhöhung des Fehlbetragszuschusses zum Betrieb der Emdener Tafel. Diese Präsentation ist unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Hegewald** bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Der Spendenrückgang betrage ca. 14.000 €. Dies sei nicht unerheblich. Er bittet um Auskunft, ob der Spendenrückgang kontinuierlich war und ob es eine Begründung oder einen Anlass hierfür gebe.

**Frau Holle** schildert, die Spendeneinnahmen seien enorm zurückgegangen. Dies habe verschiedenste Gründe und Vermutungen. Es gebe viele Projekte, die auf Spenden angewiesen seien. Es gebe in solchen Phasen immer wieder Wellen. Diese enorme Entwicklung habe ihres Erachtens weitere Gründe. Seit einigen Monaten erhalte sie immer wieder sehr kritische Rückmeldungen zur Tafel. Diese stehen vor allem in Verbindung mit der Frage, warum die Kundinnen und Kunden mit dem Auto kommen. Darüber hinaus bekomme sie aus verschiedensten Ecken der Bevölkerung Fragen, warum die Personen auch noch Lebensmittel erhalten und ob diese wirklich bedürftig seien. Es stehen häufig Vermutungen im Raum, dass die Lebensmittel an Menschen gehen, die die Bedürftigkeit nicht nachgewiesen hätten. Dieser Verdacht habe sich nach ihrer Wahrnehmung sehr verhärtet und werde nicht

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

dem gerecht, was wirklich in der Tafel passiere. Es sei zu beobachten, dass immer mehr ältere Menschen kommen. Dienstags könne man auch gerne zur Ausgabe kommen. Die Menschen kommen aus verschiedensten Gründen mit dem Auto. Beispielsweise werden sie von Nachbarn, Freunden oder einer Organisation gebracht. Teilweise hätten die Kundinnen und Kunden selbst ein Auto, um ihren Beruf ausüben zu können. Ebenso werde häufig ein Auto benötigt, um Strecken zu überwinden, wo keine öffentlichen Verkehrsmittel fahren. Des Weiteren kommen auch die ehrenamtlichen Helfer der Tafel mit dem Auto. Sie könne nachvollziehen, dass dies manchmal irritierend wirke. Die Bedürftigkeit werde immer überprüft. Die Kundinnen und Kunden bekommen anschließend eine Karte ausgehändigt. Sie verbinde die Hoffnung und Bitte mit dem Antrag zur Erhöhung des Defizitenausgleichs, dass alle zusammen positiv zur Tafel stehen. Es seien alle gefordert, dass die Kundinnen und Kunden nicht in ein falsches Licht gerückt werden. Viele Menschen schämen sich zutiefst, wenn sie auf die Hilfe der Tafel angewiesen seien.

**Herr Hegewald** stellt fest, dass die Situation am vorherigen Standort offenbar anders gewesen sei, weil die Bedürftigen nicht mit dem Auto kamen oder es nicht erkennbar war. Er fragt, ob die Schwierigkeiten eine Emdener Besonderheit seien.

**Frau Holle** teilt mit, sie habe mit dem Bundesverband und dem Landesverband gesprochen. Viele Tafeln hätten Probleme in der Finanzierung ihrer Arbeit. An dem alten Standort war es nicht so erkennbar, dass einige Kundinnen und Kunden mit dem Auto kamen, da das Haus klein und versteckt war. An dem neuen Standort sei es sichtbarer.

**Herr Mälzer** bedankt sich für die Ausführungen. Die Tafel leiste enormes. Die Motivation und das Engagement seien hervorragend. Sicherlich gebe es auch Missbrauchsfälle wie beispielsweise in Essen. Dies wolle er in Emden in keinsten Weise unterstellen. Die Öffentlichkeitsarbeit müsse in den Vordergrund gestellt werden, damit der Rückgang der Spenden nicht weiter voranschreite.

**Frau Holle** stimmt Herrn Mälzer zu. Die Öffentlichkeitsarbeit müsse weiter intensiviert werden. Zurzeit werde sukzessive in vereinzelt Gruppen über die Emdener Tafel berichtet. Intensive Gespräche seien äußerst wichtig. Des Weiteren würden immer mehr Gruppen in die Tafel eingeladen. Selbstverständlich könne auch der Ausschuss sich die Emdener Tafel anschauen.

**Herr Kronshagen** ist der Ansicht, die Tafel sei generell wichtig. Missbrauchsfälle gebe es überall. Er fragt, wie das Defizit aus dem letzten Jahr gedeckt worden sei.

**Frau Snakker** erklärt, im letzten Jahr betrug das nachgewiesene Defizit 24.000 €. Die Stadt habe entsprechend eines Beschlusses 10.000 € überwiesen. Die restliche Summe habe der Caritas-Verband gezahlt.

**Herr Grendel** stellt nochmals heraus, dass für die Kundinnen und Kunden der Emdener Tafel eine Bedürftigkeitsprüfung stattfinde. Diese basiere auf offiziellen Bescheiden wie beispielsweise des Jobcenters. Ein Einkommensnachweis sei erforderlich. Aufgrund dieser intensiven Bedürftigkeitsprüfung gebe es eine hohe Sicherheit.

**Herr Kruse** gibt an, die GfE-Fraktion habe ebenfalls sehr ausführlich über diese Thematik diskutiert. Es seien die gleichen Argumente aufgeführt worden. Alle Kundinnen und Kunden der Tafel hätten einen Berechtigungsschein. Dies sei unabhängig davon, wie sie zur Tafel kommen. Die Kosten waren natürlich an der Bollwerkstraße deutlich günstiger. Jedoch war der Platz in den Räumlichkeiten viel zu klein. Die Organisation sei für die bedürftigen Menschen äußerst wichtig und notwendig. Die GfE-Fraktion werde dem Beschluss zustimmen.

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Herr Böckmann** berichtet, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich bereits bei einem Besuch der Tafel davon überzeugen können, was für hervorragende Arbeit dort geleistet werde. Die dezentrale Unterbringung sei nicht optimal. Mit der Unterbringung der Tafel in den Räumlichkeiten der Fritz-Liebsch-Straße würden auch keine Parkplätze zur Verfügung stehen. Die Strecke sei insbesondere für die älteren Kundinnen und Kunden eine Herausforderung. In der Gesellschaft müsse noch einiges passieren, damit nicht gerade dieser Personenkreis so verunglimpft werde.

**Herr Götz** führt aus, Emden habe eine starke Armut. Die Armut nehme jedoch überall zu. Die Grundrente werde seines Erachtens immer wichtiger. Viele Personen würden nicht zur Tafel gehen, da sie sich schämen. Die Ursache der Armut in Deutschland müsse bekämpft werden. Die Tafel leiste eine hervorragende Arbeit.

**Herr Hegewald** teilt mit, die CDU-Fraktion unterstütze den Beschluss ebenfalls. Das Defizit aus dem letzten Jahr sei vom Caritas-Verband übernommen worden. Er möchte wissen, ob bei einer Erhöhung des Zuschusses das Geld direkt an die Tafel fließe. Weiterhin verweist er auf die Haushaltsstrukturkommission. Dort werde über die Reduzierung von Zuschüssen diskutiert. Er fragt, inwieweit sich die Erhöhung des Zuschusses auswirke.

**Herr Jahnke** erläutert, die Haushaltsstrukturkommission habe sich intensiv mit den freiwilligen sozialen Leistungen beschäftigt. In dem Bereich sollen keine Kürzungen vorgenommen werden. Natürlich sei dies immer eine Belastung für den Haushalt. Dennoch erhalte die Stadt eine entsprechende Leistung. Er hofft, dass über die Öffentlichkeit das Spendenaufkommen wieder verbessert werde und dadurch die 20.000 € nicht komplett in Anspruch genommen werden müssen. Es sei positiv, dass der Caritas-Verband im letzten Jahr das deutlich erhöhte Defizit über die 10.000 € hinaus übernommen habe. Es sei sehr gut investiertes Geld. Er unterstütze die Einrichtung ausdrücklich. Diese sei zwingend notwendig.

**Herr Grendel** ergänzt, dass die Aktivitäten des Caritas-Verbandes bei der Höhe des Defizitausgleichs berücksichtigt worden seien. Daher sei der Zuschuss auf 20.000 € begrenzt worden. Dies sei in den nächsten Jahren zunächst die letzte Erhöhung. Die Summe der freiwilligen Zuschüsse im Verhältnis zum Gesamtaufwand betrage 0,02 %.

**Frau Snakker** fügt hinzu, der Zuschuss werde an die Caritas ausgezahlt, sei aber natürlich zweckgebunden für die Emdener Tafel.

**Beschluss:** Die Stadt Emden gewährt dem Caritasverband Ostfriesland, Rechtsträger Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V., für den Betrieb der Emdener Tafel einen Fehlbetragszuschuss in Höhe von bis zu 20.000,00 €.

**Ergebnis:** einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**TOP 7** Prüfungsmitteilung des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die überörtliche Kommunalprüfung "Pflegekinder"  
Vorlage: 17/1185

**Herr Frein** und **Frau Snakker** stellen anhand einer Power-Point-Präsentation die Prüfungsmitteilung des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die überörtliche Kommunalprüfung „Pflegekinder“ vor. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Frau E. Meyer** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Mälzer** bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Die Unterbringung in Pflegefamilien sei wesentlich günstiger als eine Heimversorgung. Er fragt, ob es in Emden genügend Pflegefamilien gebe.

**Herr Frein** gibt an, dass die Anzahl der Pflegefamilien immer knapp sei. Es würden wesentlich mehr Pflegefamilien gebraucht. Die Verwaltung habe bereits über die Presse dazu aufgerufen und auch Sprechstunden außerhalb des Jugendamtes angeboten. Der Landesrechnungshof habe die Öffentlichkeitsarbeit kritisiert. Es gebe Hinweise, die noch umgesetzt werden können. Hierfür müsste entsprechendes Personal vorgehalten werden.

**Herr Grendel** ergänzt, der Landesrechnungshof habe als Landesstelle natürlich das Interesse, dass das günstigste Angebot genommen werde. Die Begleitung, Unterstützung und Kontrolle der Pflegefamilien erfordere aber auf der anderen Seite einen deutlich höheren Personalaufwand, als ein Kind beispielsweise in einem Heim unterzubringen. Entscheidungsleitend für die Unterbringung in einer Pflegefamilie oder in einem Heim sei immer, was für das jeweilige Kind am besten sei.

**Frau Meinen** bemerkt, es sei für die Kinder äußerst wichtig, dass diese aufgefangen werden. Es sei zwar eine große Ausgabe für die Stadt Emden; aber für die Zukunft der Kinder wichtig. Die Kinder stehen im Vordergrund. Sie bedankt sich beim Fachdienst Sozialer Dienst für die Fürsorge und Begleitung der Pflegefamilien. Es werde eine hervorragende Arbeit geleistet. Die Pflegefamilien würden gut unterstützt.

**Frau Holle** bedankt sich für die hervorragende Arbeit in einem der schwersten Gebiete in der sozialen Arbeit.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 8**            Finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Seniorenarbeit - projektbezogen  
Vorlage: 17/1165

**Frau Snakker** erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Seniorenarbeit – projektgebunden. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Kronshagen** fragt, wer den Sinnespfad für Seniorinnen und Senioren pflegen werde.

**Frau Snakker** gibt an, im Konzept sei ausgeführt, dass die Pflege von der Einrichtung übernommen werde. Die Jury habe die Idee gehabt, dass beispielsweise mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie einer Kita-Einrichtung vor Ort in diesem Zusammenhang ein Projekt gestartet werden könnte.

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**TOP 9** Sachstand zur Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz - BTHG)  
Vorlage: 17/1166

**Frau Snakker** berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Grendel** fügt hinzu, die erste Stufe des Bundesteilhabegesetzes sei 2017 in Kraft getreten. Bis Mitte 2019 habe es keine endgültige Zuständigkeitsregelung gegeben. Die Verträge im Bereich des ambulant betreuten Wohnens müssten eigentlich im laufenden Jahr vom Land übernommen werden, da sich die Zuständigkeit ändere. Da dies zeitlich nicht mehr realisiert werden könne, seien nun Übergangsregelungen geschaffen worden.

Anschließend setzt **Frau Snakker** die Präsentation weiter fort.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Malanowski** legt dar, dass die Umsetzung noch nicht bei den Betroffenen ankomme. Die Leistungsberechtigten sollten mehr Gestaltungsfreiraum haben, indem sie das Geld selbst erhalten. Der erhebliche zusätzliche Aufwand verbräuche diesen Vorteil zu einem nicht unerheblichen Teil. Eine Erhöhung des Barbetrages und eine Beteiligung des Bundes wären sicherlich einfacher gewesen. Er lobt die Zusammenarbeit mit allen Stellen, um diese Aufgabe gemeinsam bewerkstelligen zu können.

**Herr Grendel** bestätigt, dass die Zusammenarbeit hervorragend sei. Er bedankt sich bei allen handelnden Personen. Die Umstellung führe zu einem erheblichen Aufwand. Es sei darauf strukturell reagiert worden, indem der Fachdienst anders aufgestellt worden sei. Der Verwaltungsvorstand habe dies unterstützt. Die Teams haben intern einen Fachgruppensprecher für die fachliche Leitung erhalten, um schneller und flexibler auf solche Herausforderungen reagieren zu können. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien äußerst motiviert.

**Herr Götze** stellt fest, dass die Menschen mit Behinderungen durch ihre Selbstbestimmung eine ganz andere Wertschätzung erhalten. Dies sei in der Gesellschaft wichtig.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN**

**TOP 10** Detaillierter Bericht über die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes;  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.04.2019  
Vorlage: 17/1191

**Herr Böckmann** möchte wissen, inwieweit das Bildungs- und Teilhabepaket in Emden von den Berechtigten konkret in Anspruch genommen werde. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass es in Emden viele Schulabbrecher gebe.

## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Frau Knochenhauer** berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Götze** glaubt, dass viele Leistungsberechtigte überhaupt nicht wissen, dass sie einen Antrag stellen können. Es sei in der Öffentlichkeit nicht viel über die mögliche Inanspruchnahme geschrieben worden. Die Leistungen sollten von den Leistungsberechtigten auch abgefordert werden.

**Frau Knochenhauer** erläutert, durch das Starke-Familien-Gesetz solle eine Verbesserung erzielt werden. Es solle in Zukunft eine stärkere Vernetzung mit den Familienkassen geben, damit ein guter Austausch erfolge. Bei den direkten BuT-Leistungen bedarf es im SGB II-Bereich keines Antrages. Beim Bundeskindergeldgesetz werde ein Antrag benötigt. Ein SGB II-Antrag umfasse automatisch die Leistung nach dem BuT mit Ausnahme der Lernförderung. Diesbezüglich sei eine Anlage entwickelt worden. Selbstverständlich erfolgen auch Informationsgespräche. Es sei sicherlich immer noch ein gewisses Informationsdefizit vorhanden.

**Herr Meyer** ergänzt für den Bereich des Jobcenters, dass früher in allen Fällen Informationsflyer mitgegeben worden seien, welche Leistungen im Bereich Bildung und Teilhabe in Anspruch genommen werden können. Durch die Änderung des Starke-Familien-Gesetzes müsse in jedem Leistungsbescheid darüber informiert werden, dass die Leistungen bewilligt seien. Die Eltern müssen jedoch weiterhin konkret mitteilen, was benötigt werde. Es bedarf also an der Stelle eines Mitmachens der Kundinnen und Kunden. Es gebe dennoch einen großen Teil der Kundinnen und Kunden, die die Leistung nicht in Anspruch nehmen wollen. Die Familienkassen im Bund hätten festgestellt, dass die Leistungen des Kindergeldzuschlags nur zu ca. 40 % in Anspruch genommen werden. Es sollte also tatsächlich eine größere Akquise in diesem Bereich stattfinden.

**Herr Böckmann** bedankt sich bei Frau Knochenhauer für den Vortrag. Das Starke-Familien-Gesetz sei seines Erachtens positiv zu bewerten und gebe den Familien eine große Unterstützung. Natürlich hätten auch die Leistungsberechtigten sich zu informieren. Dennoch sollte die Möglichkeit mehr publik gemacht werden. Er begrüßt, dass alle Kinder die Hilfe in Anspruch nehmen können und nicht nur Kinder, die in ihrer Versetzung gefährdet seien.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 11** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

### 1. Sachstandsbericht Fachdienst Gemeinwesen

**Herr Philipps** gibt einen Sachstandsbericht zum Fachdienst Gemeinwesen. Die Ausführungen werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Herr Kronshagen** bittet darum, mündliche Mitteilungen in solchem Umfang zukünftig unter einem gesonderten Tagesordnungspunkt zu behandeln.

**Herr Grendel** nimmt die Anregung auf. Teilweise würden die aktuellen Entwicklungen jedoch erst kurz vor den Sitzungen bekannt. Zum Sachstand des Fachdienstes Gemeinwesen werde es im Frühjahr einen gesonderten Tagesordnungspunkt geben.



## Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

### 2. Auftaktveranstaltung „Kommunaler Teilhabeplan“

**Herr Grendel** informiert, dass am 01.10.2019 ab 16:45 Uhr die Auftaktveranstaltung „Kommunaler Teilhabeplan“ stattfindet. Die Steuergruppe arbeite schon länger an dem Prozess. Am Vormittag des 01.10.2019 werde es eine Pressekonferenz geben. Bisher hätten sich 80 Teilnehmer angemeldet. Bürgerinnen und Bürger können sich natürlich noch für die Veranstaltung anmelden. Die Anmeldung könne auf der Internetseite der Stadt Emden heruntergeladen werden.

#### **TOP 12**           Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.